

Gruß

der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR (ISOR e.V.)

an die ehemaligen Angehörigen der Nationalen Volksarmee
und der Grenztruppen der DDR anlässlich des 65. Jahrestages
der Gründung der NVA

Liebe Freundinnen und Freunde,
in solidarischer Verbundenheit gratuliert Euch der Vorstand der ISOR, stellvertretend für die Mitglieder unseres Vereins, zu Eurem Ehrentag am 1. März 2021.

Unsere Väter und Großväter standen 1945 vor den Ruinen, Trümmern und Leichenbergen, aber auch den geistigen Verwüstungen, die das „1000-jährige großdeutsche Reich“ hinterlassen hatte. Kaum jemand widersprach damals der Forderung: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ Nicht wenige schworen sogar, nie wieder ein Gewehr in die Hand zu nehmen.

Die westdeutschen Separatisten hatten aber sehr bald die Chance eines entmilitarisierten, friedliebenden, neutralen und einigen Deutschlands verspielt. Unter Führung der alten Nazi-Generale und in die NATO integriert, rüstete sich die Bundeswehr als Erbe der deutschen Wehrmacht erneut zum Ritt gen Osten. So wurde unausweichlich: „Der Frieden muss bewaffnet sein!“ Und so entstand die Nationale Volksarmee, in der man sich mit Genosse

und nicht mit „Herr“ oder gar „Herr von und zu“ ansprach. Sie wurde von bewährten Antifaschisten, wie Heinz Hoffmann und Heinz Keßler, geführt und stand fest in den humanistischen, progressiven und revolutionären Traditionen des deutschen Volkes.

In 34 Jahren ihrer Existenz hat die NVA zuverlässig und verantwortungsbewusst an der Seite der Sowjetarmee und der verbündeten Armeen des Warschauer Vertrages den Frieden in Europa gesichert. Sie hat niemals einen Krieg geführt, andere Völker überfallen oder bedroht.

Die NVA-Angehörigen haben selbstlos und stets einsatzbereit mit dafür gesorgt, dass unter den Bedingungen des Kalten Krieges das militärstrategische Gleichgewicht an vorderster Front gewährleistet wurde.

Diese Leistung kann angesichts der wachsenden Kriegsgefahr in der Gegenwart, in der selbst der Einsatz von Atomwaffen wieder für möglich gehalten wird, nicht hoch genug gewürdigt werden. Längst sind Auslands- und

Zur Tradition von NVA und Grenztruppen und deren Geschichte gehört untrennbar die „Freie Deutsche Jugend“, die im März 1946 in Deutschland gegründet wurde, nachdem während des Hitlerfaschismus bereits eine solche Gruppierung in London existierte.

Die antifaschistische zunächst gesamtdeutsche Jugendorganisation kämpfte für ein friedliches Deutschland in der internationalen Völkerfamilie, weshalb sie bereits 1951 in Westdeutschland verboten wurde. Philipp Müller wurde damals in Essen bei einer Demonstration gegen die Wiederbewaffnung von der Polizei erschossen.

In der DDR baute die FDJ Dörfer für Umsiedler auf, sorgte für den Wiederaufbau der Industrie – „Max braucht Wasser“ – und nahm sich der sozialen und politischen Betreuung der durch die Kriegswirren orientierungslosen jungen Generation an.



Beim Schutz der jungen DDR stand die FDJ in erster Reihe.

Stärkung der Grenzsicherung und der ersten kasernierten Formationen bis zu FDJ-Regimentern in den Augusttagen 1961, dazu ein Produktionsaufgebot zur Absicherung der Volkswirtschaft.

Im „Weltbund der demokratischen Jugend“ nahm die FDJ einen wichtigen Platz ein. Bereits 1951, sechs Jahre nach der globalen Völkerschlacht, lud sie die Jugend der Welt zu Weltfestspielen für Frieden und Völkerfreundschaft nach Berlin ein.

Friedenskampf, aktiver Antifaschismus und FDJ gehören zusammen und rufen Prügelattacken ihrer Gegner hervor; 1951 und bis heute.

In der Hymne der demokratischen Weltjugend heißt es „... Freund, reih' dich ein, dass vom Grauen wir die Welt die Welt befreien...“

Das ist im 75. Jahr der FDJ ein dringender Alarmruf.



Kriegseinsätze deutscher Soldaten wieder an der Tagesordnung. Die sinnlose Hochrüstung wird forciert und demagogisch mit den alten Feindbildern gerechtfertigt.

Auch in den Zeiten des gesellschaftlichen Umbruchs 1989/1990 erwies sich die NVA als eine Armee des Volkes. Wie die anderen bewaffneten Organe der DDR richtete sie ihre Waffen nicht gegen jene Bürger, die damals die Freiheit von kapitalistischer Ausbeutung und die soziale Sicherheit in der DDR gegen schicke West-Autos, Bananen und Reisen nach Mallorca tauschten.

Die einstweiligen Sieger der Geschichte besaßen nicht die Größe, den ehemaligen Angehörigen der NVA auf gleicher Augenhöhe zu begegnen. Entlassungen der Mehrheit der Angehörigen, Herabstufung und Aberkennung von Dienstgraden, verleumderische und beleidigende Geschichtsdarstellungen und die Aberkennung von Rentenansprüchen, nicht zuletzt auch strafrechtliche Verfolgungen unter Negierung des DDR-Rechts, sprechen eine deutliche Sprache.

Unser besonderer Dank und unsere Anerkennung gehört den ehemaligen Angehörigen der NVA, die als Mitglieder von ISOR, im Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR, in linken Parteien und Organisationen ihre antifaschistische Gesinnung bewahrt haben, aufrecht und mutig zu ihren Überzeugungen und solidarisch an unserer Seite stehen.

*

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.

Weltfestspiele der Jugend und
Studenten 1973 in Berlin



Aus der Arbeit des Vorstandes

Am 17. Februar 2021 wurde mit einem Anschreiben des Vorsitzenden der ISOR das von Prof. Dr. Dr. Merten erarbeitete Gutachten zum Aufhebungsgesetz der Volkskammer der DDR für das Sondersversorgungssystem des MfS an den Chef des Bundeskanzleramtes und gleichlautend an den Minister für Arbeit und Soziales übersandt. Anschreiben und Gutachten sowie evtl. Antworten aus der Bundesregierung werden als Broschüre voraussichtlich mit „ISOR aktuell“ Nr. 4/21 den TIG zugesandt.

*

Dem Vorstand liegt eine erste Information vor, wonach ein Antrag auf Anerkennung des Verpflegungsgeldes für die Rentenberechnung mit Hinweis auf das ablehnende Urteil des Bundessozialgerichtes (BSG) vom Rentenver-

sicherungsträger zurückgewiesen wurde. Das entsprechende BSG-Urteil liegt in schriftlicher Ausfertigung bisher nicht vor. Erst nach Vorliegen und Analyse dieses Urteils ist es dem Vorstand möglich, eine Stellungnahme und Orientierungen für die Mitglieder zu erarbeiten. Wir bitten um Geduld und Verständnis.

*

Der Vorstand grüßt alle Frauen zu ihrem Feiertag, dem 8. März, und dankt ihnen für die vielfältige Unterstützung der Arbeit unseres Vereins in politischer und organisatorischer Hinsicht, besonders auch bei der Bewältigung der Aufgaben, die durch die Pandemie die familiäre Fürsorge belasten.

*

Bei anderen gelesen

29.01.21 UZ

Die Kommunistinnen und Kommunisten in der Bundeshauptstadt treten 2021 nicht nur zur Bundestagswahl an, sondern wollen auch für das Berliner Abgeordnetenhaus und den Senat kandidieren. Nicht nur das Unterschriftensammeln für gleich zwei Wahlkämpfe macht die Situation in Berlin besonders, die Corona-Pandemie schafft neue Bedingungen.

Einige Grundorganisationen der DKP Berlin veranstalten Infostände bei Friedensaktionen und bei „Unblock Cuba“-Aktionen und nutzen die Gelegenheiten zum aktiven Sammeln von Unterstützungsunterschriften. Auch die Luxemburg-Liebkecht-Demonstration Mitte

Januar konnte dafür genutzt werden. Andere Grundorganisationen mit einem hohen Altersdurchschnitt gehen jedoch weniger auf die Straße und meiden Kontakte zu anderen Personen. Je schwieriger und eingeschränkter die Bedingungen, umso wichtiger ist die Organisation. So gibt es vor jeder Aktion Schichtpläne mit Uhrzeit und Anzahl der Sammler, in die sich die Genossinnen und Genossen eintragen.

Am LLL-Wochenende hing vor dem Friedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde ein weithin sichtbares Transparent mit der Aufschrift „Frieden mit Russland und China, Schutz den arbeitenden Menschen. Wahlen 2021 – hier unterschreiben für die DKP-Kandidatur!“, gemalt von einem Genossen der Künstlergruppe „Tendenzen“. Mit Klemmbrettern, Stiften und Desinfektionsmaterial ausgerüstet, sprachen

die Genossinnen und Genossen die Teilnehmer der Demonstration an und konnten 167 Unterschriften sammeln.

Positiv überraschte die Beigabe des „Berliner Anstoßes“ und des Formblattes für die Wahlunterstützung in den Berliner Ausgaben zum LLL-Wochenende der „jungen Welt, dem „Neuen Deutschland“ und der UZ. Viele Abonnentinnen und Abonnenten schickten die ausgefüllten Formblätter an die DKP Berlin.

Auch die Unterstützung befreundeter Organisationen, wie der GRH und ISOR, hilft in diesen schwierigen Zeiten. Von ihnen erhalten die Kommunistinnen und Kommunisten regelmäßig Umschläge mit Unterstützerunterschriften. Das bringt Zuversicht.

*

Majakowskis Rat fürs Karl-Liebkecht-Haus

„He, wer schreitet dort rechts raus? Links! Links! Links!“

#UnblockCuba
**Wirtschaftskrieg
gegen Kuba
beenden!**



Informiere Dich!
Werde aktiv!
www.unblock-cuba.org

In Moskau fand die Videokonferenz zur Verwendung der gespendeten Summe ...

von mehr als 115.000 Euro aus unserer gemeinsamen Spendenaktion mit der Allrussischen gesellschaftlichen Vereinigung „Offiziere Russlands“ und den Veteranen, der ehemaligen Kinder aus den faschistischen KZ sowie den Überlebenden der Leningrader Blockade statt. Es wurde entschieden, die hier abgebildete Urkunde und eine finanzielle Zuwendung mittels eines Schecks zu übergeben. Begonnen wurde am 29. Januar in der Region Moskau und anschließend in ganz Russland. Im Namen von

Oleg Jeremenko, dem offiziellen Vertreter der „Offiziere Russlands“ in der BRD sage ich euch allen nochmals herzlichen Dank für eure tatkräftige Unterstützung.

Wolfgang S. und Wolfgang W., Verursacher der Aktion vom Fallschirmjägertraditionsverband OST e.V.

*



Aus der Postmappe

Meine Gedanken zum 30. Jahrestag der Gründung von ISOR

Wir leben nun über 30 Jahre als deutsche Bürger im Unrechts-Staat BRD. Unrecht nicht nur an den ehemaligen bewaffneten Organen der DDR, den Angehörigen der DDR-Regierung, Staatsorganen sowie leitenden Mitarbeitern von Post, Eisenbahn, Bergbau u.a. Bereichen. Der Staat ist auch kennzeichnend für politisches und juristisches Unrecht, wie z. B. die vertragswidrigen Handlungen zur Erhaltung der Besatzungsmacht der USA in der BRD, die weitere Lagerung von Atomwaffen in Westdeutschland und die Beteiligung an Kriegseinsätzen im ehemaligen Jugoslawien u. a. Staaten. Das erkennbare Streben nach militärischer Macht in Deutschland, die weitere Aufrüstung fördern die Gefahr eines neuen Krieges. Auch die staatlich geförderten Medien unterstützen mit ihrer Propaganda das Unrecht. Der gegenwärtige Rechtsruck in der Bevölkerung und die wachsende Unzufriedenheit ist wohl für jeden Bürger erkennbar.

Trotz mancher tröstender Bemerkungen spürt man laufend noch Rachegefühle gegen die ehemalige DDR und ihre Menschen als 2. Klasse in Deutschland.

Deshalb ist es richtig und schön, dass es nun schon 30 Jahre unsere Organisation ISOR

gibt, die stets verantwortungsbewusst gegen Unrecht aufgetreten ist, nicht nur für Renten-gerechtigkeit kämpft, sondern stets für Antifaschismus, Abrüstung, Frieden, Freiheit und Solidarität eintritt.

Unser **ISOR aktuell** informiert uns qualifiziert und umfangreich über politische Probleme und Aktivitäten zur Lage unseres Kampfes gegen Unrecht der Machthaber der BRD. Schon deshalb ist es notwendig, dass ISOR weiter bestehen muss.

Dabei hat auch jedes Mitglied, trotz zunehmenden Alters, persönliche Verantwortung zum Erhalt unserer Organisation. Das sind wir den Gründern von ISOR, unseren verstorbenen Freunden, den bisherigen und jetzigen Funktionären schuldig.

Mein Dank gilt dem Vorstand und allen anderen aktiven Freunden für ihre geleistete Arbeit.

Eberhard Stolle

*

Zum Leitartikel von Horst Parton in ISOR aktuell Januar 2021

Dieser Leitartikel gibt eine gute Orientierung für die Ziele im Jahr 2021.

Mir geht es um die praktische Umsetzung der Ziele zur Beseitigung des Rentenstrafrechts. Das Gutachten von Prof. Dr. Dr. Merten ist dazu eine hervorragende rechtswissenschaftliche Grundlage. Den Entwurf dieses Gutachtens konnte ich bei der Beratung des Vorstandes am

9.9.2020 einsehen. Die wissenschaftliche Akribie ist erstaunlich. Wenn wir dieses Gutachten der Bundesregierung mit den entsprechenden Vorschlägen übergeben, müssen wir auch deren Reaktion beurteilen.

Die Politiker und Beamten werden dieses Gutachten zur Kenntnis nehmen, aber auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 28.4.1999 verweisen. Im dritten Leitsatz dieses Urteils traf das BVerfG folgende Entscheidung:

„Die pauschale Kürzung von Versorgungsleistungen aus dem genannten Versorgungssystem nach dem als Bundesrecht fortgeltenden Gesetz der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufhebung der Versorgungsordnung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit ist mit dem Grundgesetz vereinbar“.

Wenn nach dem genannten Urteil des BVerfG dieses Aufhebungsgesetz noch als Bundesrecht gilt, muss die willkürliche Kürzung auf 1,0 Entgeltpunkte erneut in Frage gestellt und die für das Arbeitsentgelt ermittelten Entgeltpunkte auf höchstens 1,47 Entgeltpunkten pro Jahr begrenzt werden.

Hartwig Müller, TIG Köpenick

*

Hieronymus Carl Friedrich von Münchhausen, ein Adliger aus dem 18. Jahrhundert mit interessanten Lügengeschichten, scheint heute wieder aktueller Ideengeber für Politik und Medien zu sein. Sicher sehr belebend für alle

Beteiligten, wenn es nicht ebenso traurig wie gefährlich wäre.

Ich meine diese aberwitzigen Episoden mit dem Titel Skripal oder, jetzt aktuell, Nawalny.

Was hat dieser Nawalny heldenhaftes getan, dass er von der westlichen Welt so hochgejubelt wird? Jeglicher Realismus fällt diesem Ziel zum Opfer. Es scheint alles recht zu sein, wenn es nur dazu geeignet ist, die Russophobie als den großen Angstmacher für das Volk aufblenden zu können.

Ich will nicht alles wiederholen was Abenteuerliches berichtet wurde. Aber aus meiner eigenen militärischen Ausbildung weiß ich, dass Nervengifte, die als Kampfmittel entwickelt wurden, nicht die Wirksamkeit von Baldriantropfen haben. Sie führen unmittelbar zum Tod und kontaminieren ebenso mit tödlicher Wirkung ihre Umgebung. Deutsche Militärärzte erscheinen nun als wahre Wunderheiler. Nawalny erfreut sich nach einer angeblich tödlichen Vergiftung nicht nur bester Gesundheit, auch seine Reiselust ist gestiegen. Geld scheint dabei keine Rolle zu spielen.

Jemand, der für Rechtsverletzungen schon zum zweiten Mal mit einer sanften Bewährungsstrafe verurteilt wurde, sollte wissen, dass er sich bewähren muss. Auch in Deutschland werden bei Verstößen gegen Bewährungsauflagen die angedrohten Haftstrafen vollzogen. Wenn es um Russland geht, wird allerdings eher die Propagandatrommel zur Pauke. Strafrechtliche Konsequenzen werden von westlichen Staaten als die Verfolgung Oppositioneller beweint.

Anders verhält es sich bei der Behandlung von Journalisten, die staatliche Kriegsverbrechen bekanntmachen. Zu Julian Assange kann man im Internet lesen, dass er u.a. Gründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks ist und dass er daran interessiert ist, geheim gehaltene Dokumente allgemein verfügbar zu machen. Das klingt formaljuristisch schon sehr kriminell. Hier wurde aber das Recht völlig aus den Angeln gehoben. Nicht die strafrechtlich handelnden Angehörigen der US-Streitkräfte, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, dem Völkerrecht und dem Kriegsrecht, beispielsweise in Afghanistan oder Irak, begangen haben sind Straftäter, sondern der, der diese Verbrechen offenlegt.

Aus staatlicher Sicht sind das ganz bestimmte wichtige Informationen, die die Öffentlichkeit lieber nicht erfahren sollte. Aber diesen Anspruch hat jeder Straftäter. Man stelle sich vor, die Polizei würde wegen Aufdeckung von Straftaten eingesperrt.

Nun ist Assange kein Polizist, aber er hat die Verbrechen der US-Streitkräfte sichtbar gemacht. Nach westlicher Lesart ist also nicht der ein Verbrecher, der Straftaten begeht, sondern der, der sie aufdeckt, also öffentlich zugänglich macht. Edward Snowden ist auch so ein Beispiel.

Assange hat seine Freiheit schon verloren. Über Jahre sitzt er ohne Urteil in einem Hochsicherheitstrakt Großbritanniens in Isolierhaft, täglich versorgt mit psychischer Folter.

Das gegen ihn aufgebaute Rechtskonstrukt? Verstoß gegen Bewährungsauflagen. Was hat doch Nawalny für ein Glück, dass er in Russland leben darf.

Die US-Justiz kämpft nun angestrengt um die Auslieferung von Assange. 130 Jahre Haft erwarten ihn dafür, dass er die Verbrechen der US-Streitkräfte veröffentlicht hat. Was für ein Krankes System!

Bei so viel Ungerechtigkeit müssten doch unsere Politiker rund um die Uhr protestieren und die Einhaltung demokratischer Grundrechte fordern.

Sie denken nicht daran, aber ich und ich hoffe viele Menschen mit mir, die ebenfalls ein gesundes Rechtsempfinden haben.

Mit freundlichen Grüßen

Frieder Rosada, Wismar

*

Jede Geschichte hat bekanntlich 3 Seiten, deine, meine und die Wahrheit, und Halbwahrheiten sind schlimmer als Unwahrheiten, da sie schwerer zu durchschauen sind.

Deshalb empfehle ich interessierten Lesern das Buch

„Die DDR-Spionage des BND – Von den Anfängen bis zum Mauerbau“

Ch. Links Verlag, 704 Seiten, Preis 50 Euro (ISBN 978-3-96289-024-7, 1. Auflage Oktober 2019)

Dieses Buch wurde von einer unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes erarbeitet, die im Frühjahr 2011 berufen und sechs Jahre mit insgesamt 2,2 Millionen Euro aus Steuermitteln finanziert wurden.

Es bleibt zu hoffen, dass auch eine Aufarbeitung und Veröffentlichung der DDR-Spionage des BND der Jahre bis 1990 erfolgt.

Ergänzend sei auf den Beschluss des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Mai 1995 verwiesen. Danach hatten „Die Angehörigen der Geheimdienste der DDR – wie die Geheimdienste aller Staaten der Welt – eine nach dem Recht ihres Staates erlaubte und von ihm sogar verlangte Tätigkeit ausgeübt“.

Aufgrund dieses Beschlusses wurden die Klagen gegen ehemalige Angehörige der Geheimdienste der DDR eingestellt bzw. zurückgenommen.

Hans Schwart

*

Überzeugung ist nicht käuflich

Das Leben des Aufklärers Jürgen Rogalla von Heinz Günther

Oberst a. D. Jürgen Rogalla gehörte von 1951 bis zur Auflösung dem MfS, von 1959 bis 1990 der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) an. Die letzten Jahre leitete er die Nordamerika-Abtei-

lung der HV A (A XI). Das erklärt, weshalb sich westliche Geheimdienste sehr für ihn interessierten und ihm wiederholt lukrative Angebote machten. Allen voran bemühte sich die CIA und besonders hartnäckig der Bundesnachrichtendienst (BND). Der hatte bereits während Rogallas Einsatz als Ausbilder im afrikanischen Raum und speziell 1966 in Ghana sich für ihn interessiert. Rogalla war während des Staatsstreiches in lebensgefährliche Umstände geraten. Der BND bot ihm an, ihn herauszuholen, wenn er denn überliefe. 1990 erneuerte die CIA ihr Angebot. Sie blitzte zum zweiten Mal ab. Sein Freund und Genosse Heinz Günther hat diese Geschehnisse verarbeitet.

Taschenbuch, 260 Seiten, Verlag edition ost
2. Auflage, Preis 17 Euro
ISBN-13 978-3-89793-218-0

*

Verspielt der Westen eine weitere Chance?

In der EU ist eine große Empörung ausgebrochen. Während des Besuches des obersten Diplomaten der EU, Josep Borrell, hat der russische Außenminister, Sergei Lawrow, Klartext gesprochen. Er betonte, dass die Beziehungen Russland – EU praktisch am Ende seien. Brüssel habe die Beziehungen kontinuierlich „zerrissen und zerstört“. Laut Lawrow hat Russland sich auf den Abbruch der Beziehungen zur EU vorbereitet, wenn der unsägliche Sanktionskurs gegen Russland weiter verfolgt wird.

Borrell hatte angekündigt, mit einer klaren Botschaft nach Moskau zu reisen. Es kam aber anders. Anstatt seine klare Botschaft zu verkünden, landete Borrell als Papiertiger und musste sich anhören, wie Lawrow die EU als unzuverlässig abkanzelt und ihren Regierungschefs kulturelle Arroganz vorwarf.

Als Russland im August 2020 den weltweit ersten Impfstoff gegen Corona vorstellte, las man in westlichen Zeitungen, „Impfstoffmurmur aus Moskau“, „üble Impfstoffpropaganda“ usw. Von Sachlichkeit zeugt das gerade nicht.

Die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen tönte noch im November 2020: „Wir werden am Westbalkan und in Afrika mitimpfen können“. Das ist an Überheblichkeit kaum zu überbieten. Wo ist denn nun der Impfstoff für den Westbalkan und für Afrika? Es funktioniert ja nicht mal in der EU. Sputnik V aus Russland würde jetzt gut passen.

Der Besuch Borrells hat aber eines klar aufgezeigt, die Schwäche der EU-Außenpolitik. Da ist sie wieder, die Arroganz des Westens. Was erwarten die EU-Vertreter, die als Moralapostel mit erhobenen Zeigefinger nach Moskau reisen?

Es muss in Brüssel doch klar sein. Für Russland gibt es keine essenzielle Notwendigkeit zur Zusammenarbeit mit der EU.

Wilfried Steinfath

*

Karl Bachmann aus Schwerin beschäftigt sich mit dem Verbleib der Akten des MfS und schrieb dazu an die „Schweriner Volkszeitung“, die sich dazu geäußert hatte, aber seinen Beitrag nicht veröffentlichte. Darin heißt es u. a.:

Der Beitrag bestätigt die unverminderte Fortsetzung der seit der Wende andauernden Kriminalisierung der DDR als „Unrechtsstaat“ und hierbei die der Stasi-Unterlagenbehörde zugewiesenen Rolle. Man prügelt auf das MfS als staatliches Sicherheitsorgan und zielt auf das gesellschaftliche (unfertige) System der DDR als eine Alternative zum herrschenden Kapitalismus. Es ist aber historische Wahrheit, dass die DDR zu keinem Zeitpunkt ihrer Existenz frei war von gegnerischen, gar feindlichen, auch subversiven Angriffen vor allem von außen (hier BRD und WB), aber auch feindlichen Kräften im Innern, die die staatlichen und gesellschaftlichen Interessen der DDR störten. (...) Wer nimmt heute noch zur Kenntnis, dass allein die Abteilung II der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Schwerin über 50 Operative Vorgänge wegen Spionageverdacht gem. §96 StGB der DDR bearbeitet hat? (...) Darüber wird nicht berichtet, also gab es auch keine Feindseligkeit! Eben nur noch Oppositionelle. Die gab es tatsächlich. Aber nur deren Akten werden der Öffentlichkeit präsentiert. Nur damit lässt sich Furore und gewollte Stimmung erzeugen.

Das jedoch ist noch kein Alleinstellungsmerkmal der DDR, so und ähnlich ergeht es vielen Staaten!

Und sie reagieren darauf: Es werden Schutz- und Sicherheitsorgane gebildet. In der jungen DDR durch Gesetz der Volkskammer zur Bildung des MfS am 8. Februar 1950.

(...)

Zu den Akten des MfS: „Operative Ergebnisse“ wurden schriftlich dokumentiert, Wichtiges und manchmal auch Unwichtiges; heute wohl nur noch elektronisch und nicht auf Papier. Das erleichtert auch das Löschen, siehe die Beispiele aus dem-Skandal oder um den Attentäter Amri.

Das Fatale und Irreführende der Unterlagenbehörde ist es, so zu tun, als wenn über jeden DDR – Bürger „eine Akte“ existiert! Eindeutig falsch! Ich lese aus Verlautbarungen der betreffenden Behörde immer nur dubiose, ungeprüfte, nicht verifizierbare Zahlen von „Anträgen auf Akteneinsicht“. (Seit 1992 angeblich 3,4 Millionen von Bürgern plus 3,4 Millionen von öffentlichen Stellen).

Und zu wie vielen Anträgen gibt es tatsächlich „eine Akte“? (hier i.S. von operativen personenbezogenen Erkenntnissen aus internen Quellen des MfS). Hierzu jedoch herrscht Schweigen im Walde. Derartige Fragen stören den Selbsterhaltungstrieb der Behörde und stellt sie möglicherweise sogar infrage. Im-

merhin geht es hier um 1.300 Mitarbeiter. Eine notwendige Ergänzung zu den hinterlassenen Akten aus den Archiven des MfS:

Die in Kilometern gemessenen Akten bestehen in großen Teilen aus Personalunterlagen, medizinischen Akten, Verwaltungsakten über die Dienstobjekte (Investitionen, Ausstattung, Reparaturen, Technik, Fahrzeuge usw.) Hinzu kommen gem. Verwaltungsvereinbarungen die Gerichtsakten der Senate 1, der Militärgerichte, des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei und der Verwaltung Aufklärung des MfNV.

Nun ja, hätte die Ludwigsburger Sonderstaatsanwaltschaft zur Aufdeckung von NS-Verbrechen (gegr. 1958) wenigstens 1/10 dieses Personalbestandes...

Aber Adenauer hatte bereits 1952 allen Nazis Absolution erteilt und damit vor gerichtlicher Verfolgung geschützt. Somit wurden tausende von ihnen nahtlos ins bundesrepublikanische Staatssystem übernommen. So konnte z.B. ein Globke Staatssekretär, ein Filbinger Ministerpräsident oder der General der Waffen-SS Kesselring unbescholten und unangefochten jahrelang Bürgermeister sein.

Ehemalige Mitarbeiter des DDR- Geheimdienstes (aber auch deren IM) werden dagegen stigmatisiert, ausgegrenzt, mit Berufsverboten und Strafreiten belegt.

Was zählen hier noch solche plakativen grundgesetzlich angeblich geschützten Werte wie „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, „Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“, „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“, „Berufsfreiheit“?

*

Zwischenruf

Eine Panzerkolonne (natürlich eine deutsche) fährt durch ein Minenfeld (natürlich ein feindliches). Der Kriegsberichterstatter trompetet, dass die Kolonne einen „Engpass“ durchfahren habe. Victor Klemperer, der jüdische Philologe, der illegal den Faschismus in seiner Heimatstadt Dresden überlebte und in dieser Zeit sein international bekannt gewordenes Buch „LTI“, Die Sprache des Dritten Reiches, verfasste, schrieb dazu: „*Schwierigkeiten, die sich nicht ableugnen ließen, hießen die längste Zeit Engpässe, ein Ausdruck, der fast so glücklich gewählt ist wie das Vorfeld, denn auch hier ist die Idee der Bewegung (des Sichhindurchdrängens) sofort gegeben.*

Doch die einmal unversehrt gebliebene Panzerkolonne konnte wohl nicht allen Minen ausweichen. Aber das grandiose faschistische Propagandawort „Engpass“ überlebte (wie viele seiner Art).

Nach dem Krieg hatte das Wort auf allen Gebieten Hochkonjunktur, aber angesichts des breiter werdenden Wohlstands und der breiter werdenden Mäuler und Bäuche des unschuldigen Volkes verschwand der Begriff und machte anderen faschistischen Sprachüberbleibseln Platz.

Doch nun wabern die „Engpässe“ auf allen Ebenen wieder durch deutsche Medien. Jetzt fährt die Propagandakolonnie durch Engpässe von Toilettenpapier, Kindergartenplätzen, Pflegekräften, Krankenhausbetten, Dienstleistungsangeboten und ja, mehrmals stündlich, durch Impf- -dosen, -termine, - „privilegien“ gar und was die Angst der braven Deutschen gerne noch schüren könnte.

Keinen Engpass hingegen gibt es an Beschreibungen unserer bösen Feinde im Osten nah und fern. Das Fehlen dieses Mangels ist wichtig dafür, dass wieder Panzerkolonnen...ach ja, hatten wir schon, siehe oben.

w.k.

*

DEUTSCHLAND DU EINZELTÄTER

Eine Losung auf der Gedenkdemonstration am 20. Februar zum Jahrestag des Massakers von Hanau in Berlin mit etwa 20.000 Teilnehmern.

*

WIR WOLLEN JA NICHT WENIGER ALS EINEN REGIMEWANDEL IN RUSSLAND.

Gabriel Felbermayr, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, im Deutschlandfunk über die „großen“ Ziele der EU gegenüber dem östlichen Nachbarn.
(nach jW am 12. Februar)

Lesenswert

Wir waren dabei, Gedanken und Erinnerungen,

ISBN: 978-3-00-068051-9, Preis: 18 Euro, Bestellungen/Vertrieb durch
Dienstleistungsservice S. Pfeffer, Breitscheidstraße 11, 19306 Neustadt-Glewe Mail: dls-pfeffer@t-online.de

Anlässlich des 65. Jahrestages der Gründung der Nationalen Volksarmee gibt der Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR ein Buch mit Erinnerungen an den Dienst der NVA heraus. Geschichten, ge-

schrieben vom Gefreiten bis zum General, über schöne, aber auch schwere Stunden des Dienstes. Klar zum Ausdruck kommt in den Beiträgen: Es war eine Volksarmee. Porträts der vier Verteidigungsminister der DDR runden das Ganze ab.

Zusätzlich besteht die Möglichkeit, individuelle Briefmarken der Deutschen Post aus diesem Anlass zu erwerben.

*



Jürgen Rambaum: Vom SS-Generalstabsoffizier zum Abwickler der Humboldt-Universität zu Berlin. Der Fall Wilhelm Krelle

Verlag am Park, Berlin 2020, ISBN 978-3-947094-47-9, 128 Seiten, 15 Euro

Gründlich recherchiert, unterstützt durch Helmut Rolle und Mario Arndt, dokumentiert der Autor den Skandal um den Abwickler der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität, Prof. Wilhelm Krelle. Krelle hatte nach seinem Credo: „Kein Marxist wird seinen Fuß über die Schwelle dieses Hauses setzen, solange ich hier das Sagen habe“, dafür gesorgt, dass nach 1990 170 von 180 Wissenschaftlern, selbst solche mit international hohem Ansehen, aus dieser Fakultät entlassen und in die Arbeitslosigkeit geschickt wurden. Wäre es nach ihm gegangen, wäre auch das Marx-Zitat am Eingang der Humboldt-Universität entfernt worden. („Die Philosophen haben die Welt nur unterschiedlich interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“)

Jürgen Rambaum weist akribisch nach, dass Krelle nicht – wie von ihm behauptet – als Major der Wehrmacht, sondern als Sturmbannführer der SS, ab 5. Januar 1945 der 1. Generalstabsoffizier (Stabschef) der berüchtigten und an

Kriegsverbrechen beteiligten SS-Division „Götz von Berlichingen“ war. Vor diesem Einsatz war er, wie ebenfalls nachgewiesen wird, am 5. August 1944 als „Ic“-Offizier in den Generalstab des XIII. SS-Korps versetzt – und nicht wie von ihm behauptet – nur kommandiert worden. Er gehörte zur sog. „Führer-Reserve“. Insider wissen zudem, dass die „Ic“-Offiziere für die „innere Abwehr“ zuständig waren.

Dokumentiert wird auch, wie alle Versuche, ihm die von der Humboldt-Universität für seine „Verdienste“ verliehene Ehrendoktorwürde und seinen Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland abzuverleihen, scheiterten.

W.S.

*

Auch das noch

Der Lehrstuhl für Mystik der Vatikanischen Universität prüft gegenwärtig den Fall. Dieser hatte die Reaktionen unserer Leser ausge-

löst. Vielfältig wie das Leben waren sie: Vom „freundschaftlichen Tritt in die Seite“, von „Katastrophe“ bis zum Rat, bitte gründlicher zu arbeiten, vor dem Druck das Korrektur lesen nicht zu vergessen bzw. einen Korrekturleser einzustellen, die Professionalität im Umgang mit der Sprache zu wahren, nicht auf PISA-Niveau zu sinken...

Danke für alles. Niemand kann sich erklären, warum in unserer Februar-Ausgabe auf den ersten anderthalb Seiten die Kommata verschwunden waren. Es wurde erst nach dem Druck bemerkt, also fast zeitgleich mit der Aussendung der Internet-Exemplare.

Das Recht, Fehler zu begehen, haben wir also gründlich genutzt.

Talleyrand (1574 bis 1838) hätte dazu gesagt: „Das ist mehr als ein Verbrechen, das ist ein Fehler.“

Auch das noch: Der Vatikan schweigt dazu. Er vertuscht es mal wieder.

w.k.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 24.02.2021

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 31.03.2021

Einstellung im Internet: 09.04.2021

Auslieferung: 14.04.2021

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316;
Di u. Mi 9–15 Uhr

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317;
Di u. Mi 8–15 Uhr

Peter Ott – Tel.: (030) 29784315, Fax: (030) 29784320;
Di u. Do 8–14 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEVB33XXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16